

Legende zu einem teuflischen Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem

Gigantische Umverteilungspolitik mittels der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Von verheerenden Folgewirkungen mit totaler staatlicher Diskriminierung der Opfer zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung der staatlichen Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Bis heute Versagung von politischem, rechtlichem und medialem Gehör. Maischberger-Sendung zur Bundestagswahl 2017 **nicht zugelassen** (ohne Begründung durch WDR, offensichtlich Rundfunksperre zu diesem Thema):

Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung: Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

> Vorsitzender des Rates der EKD

Herrn Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

> Erzbischof von Köln

Herrn Rainer Maria Kardinal Woelki

> Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU

Herrn Horst Lorenz Seehofer

> Fraktionsvorsitzende der BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Frau Katrin Dagmar Göring-Eckardt

> Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei,

Herrn Christian Lindner

> Sprecher der Alternative für Deutschland

Herrn Prof. Dr. Jörg Meuthen

Stärkung des Rechtsstaates überfällig ?

FDP, quo vadis? Herr Bundesvorsitzender

Mai 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/FDP2017-0.pdf>

Maischberger-Sendung über

politisch motivierte Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

System Deutschland 2017: Herrschaft des Unrechts? Juli 2017

Politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

System Deutschland 2017: Chaos- oder Bananenrepublik? Aug. 2017

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: „Selbstbedienungsladen“ für Politiker des Establishments und verschlossen für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ?

Gerechtigkeitswahlkampf für starken Rechtsstaat !

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1708.pdf>

Kein Weiter-so: Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, mit Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz (Zerschlagung 5): Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand unserer gerichtlichen Klagen seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagungswende?** : Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz ? mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut ?

mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**) mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa ?

ohne qualifizierte anwaltliche Unterstützung, weil die anwaltliche Vertretung eines Justizopfers (juristischer Scherbenhaufen politisch motivierter Zerschlagungen) mit PKH-Konditionen zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

> **Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!**

Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.

Den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör. Gegen eine Wand des Schweigens!

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007

Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
(Versicherungszweck) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für finale Zerschlagung infolge

staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte, mit **beklagten** Weisungsgeber (Bundeskanzleramt)

Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz, Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld wegen staatsanwaltschaftlicher Misshandlungen

Extremistische Ausuferung von schikanierenden

„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-

rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte Eskalation zu Sippenerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14 seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6 wehrt sich seit 2010 gegen staatliche Übergriffe auf Anraten des Deutschen Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

und auf Anraten des Deutschen Bundestags

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Trotz aller juristischer Anstrengungen konnte das

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6 bis heute nicht verhindern, dass es zum

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems gemacht wurde:
So funktioniert das teuflische Unrechtssystem (Herrschaft des Unrechts):

Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das **Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen:**

So werden Pflichtversicherungen zu sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung missbraucht. Sieh Anlage „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4**“

So werden internationale Menschenrechte z.B. durch Missbrauch von Erzwingungshaft ausgeschaltet durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit der perfiden Überzeugung, einen Kostenanspruch für solche Verfahren auch noch mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen zu können. Sieh Anlage „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5**“

Dem Justizopfer wird eventuell auch eine anwaltliche Vertretung mit Prozesskostenhilfe zugestanden. Jedoch:

Eine qualifizierte anwaltliche Vertretung des Justizopfers ist praktisch unmöglich, weil qualifizierte Rechtsanwälte nicht bereit sind, zu PKH-Konditionen die anwaltliche Vertretung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens zu übernehmen.

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, hier:

Justizopfer ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts), z.B.

durch ständige Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör,

**ein besonders schwerer Verstoß gegen das grundrechtsgleiche
Recht nach Art.103 Abs.1 GG**

im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge

**bei der Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden
Folgewirkungen**

**trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Justizopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa**

**Erweiterte Verfassungsbeschwerde, weil kein Zugang mehr zum
Grundgesetz seit 2010 (verfassungswidriger Dauerzustand unter
Verantwortung des Bundesverfassungsgerichtes) vor dem
Hintergrund von politisch motivierten und psychischen
Zerschlagungen**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf>

Vom verwaltungsgerichtlichen Verfahren abgetrennt:

**Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz
wegen politisch motivierter Zerschlagung nach der staatlichen
UMTS-Auktion 2000, nach Planung einer gigantischen
Umverteilungsoperation**

mit verheerenden Folgewirkungen des Monster-Markteingriffs
(rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000) und
mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung,
Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-LG.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

Zivilgerichtliche Klage gegen den Freistaat Bayern Stand 2017

**Klage wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter
Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger
Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, nach zwei Petitionen an den
Bayerischen Landtag, wegen kapitaler Vermögensschäden vor
dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit**

**Kausaler Zusammenhang zwischen zwei politisch motivierten
Zerschlagungen:**

1. Zerschlagung unter Verantwortung der deutschen

Bundesregierung (1, Zerschlagung 1),

2. Zerschlagung unter Verantwortung der bayerischen

Staatsregierung (2, Zerschlagung 2):

Kläger, selbst Opfer politisch motivierter Zerschlagung unter
Verantwortung von (1), ist einziger Rechtsnachfolger seines
verstorbenen Bruders, Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit
Todesfolge unter Verantwortung von (2)

Konzertierte Aktion von

Bundesregierung Deutschland und Bundesland Bayern mit politisch
motivierten Zerschlagungen des Klägers und seines verstorbenen
Bruders, von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz
wissentlich und gnadenlos ausgenutzt,

vom beklagten Bundeskanzleramt seit Jahren wissentlich unterdrückt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1 mit
Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2 mit

Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Verwaltungsgerichtliche Klage gegen Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (WDR Nov.2016, Zerschlagung 3)

Klage auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmaßnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage

infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe infolge politisch motivierter Zerschlagungen des Klägers und seines Bruders mit Todesfolge (Kläger ist einziger Rechtsnachfolger des Verstorbenen)

unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

unter Mitverantwortung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, medialer Nachrichtensperre, Mittäterschaft und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

> > > Verfassungsbeschwerde vom 15. Januar 2018

Beschwerdeführer ist Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik eines sich selbst so genannten

„Autokanzlers“, verantwortlich für den Crash einer gigantischen Umverteilungsoperation zugunsten einer Branche, die mit dem Diesel-Abgasdesaster die ganze Welt getäuscht, betrogen und belogen hat:

BVERFG-22. Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Unverzichtbar:

Lückenlose Aufklärung durch neue Bundesregierung 2018

**Politisch motivierte Zerschlagungen durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu:
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht seit 2010
Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten seit 2007
(Rundfunksperre bis heute)**

Der Kläger hat keine Mühe gescheut, alle Staatsorgane und die führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland über die unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagung zu informieren. Es ist längst an der Zeit, dass die politisch motivierte Zerschlagung von der deutschen Justiz nicht mehr mit verwerflicher Klageverstümmelung (verfassungswidrige Verweigerung rechtlichen Gehörs) übergangen wird.

Das ist staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie durch Unterdrückung oder Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,

von qualifiziertem, umfangreichem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv in den Ordnern 0, 1, 2, 3, 4 und separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde vorgelegt bei

27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14)

27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (VG 27 K 308.14)

2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)

18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)

III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)

BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16)

**> > > Politisch motivierte Zerschlagungen und
Die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu**

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010
zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -
Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**

Erstes Schreiben vom 12.03.2013:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht
vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom 28.03.2013:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Drittes Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom 10.04.2013:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

> > > **Politisch motivierte Zerschlagungen und Der Deutsche Bundestag seit 2010 schaut zu**

Petition an den Deutschen Bundestag

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom 28.05.2010: Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom 03.01.2011:

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

> > > Politisch motivierte Zerschlagungen und das Bundesverfassungsgericht seit 2010 schaut zu (Dauerzustand mit Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung):

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 21.10.2011 (1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11)

gegen gerichtliche Hoheitsakte
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie systemischer Grundrechtsverletzungen der anschließenden **Gerichtsverfahren mit Zwangsversteigerung des Geschäftshauses** unter Beteiligung des Landgerichts Wuppertal (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren)
mit Kapitel 01-31 im Oktober 2011
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>
Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, daher Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR

Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und massive staatliche Diskriminierung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze vom 09.03.2012, 24.04.2012, 17.06.2012)
12 Jahre verheerende Folgewirkungen und Diskriminierung seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (weitere Kapitel in fortlaufender Nummerierung)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>
Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung offensichtlich unter deutscher Einflussnahme gemäß der Verweigerungshaltung gegen Überlassung an den EGMR.

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 (2 BvR 397/13) gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen

Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)
Hier: Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG, Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

**Verfassungsbeschwerde vom 01.02.2014 (1 BvR 2550/14),
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom
15.09.2014**

**gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-
Auktion 2000**

**wegen politisch motivierter Zerschlagung durch vorsätzliche,
staatliche Diskriminierung nach grob fahrlässiger Zerstörung von
Lebenswerk und Existenz-Grundlage durch staatliche UMTS-
Auktion 2000 und mehrfachen Verstoß gegen das
Telekommunikationsgesetz mit verheerenden Folgewirkungen
(2-facher Verstoß gegen Art.34 GG)**

Hier: Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen
Rundfunks (Beklagte) auf

Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Kläger,
Beschwerdeführer),

Verweigerung der Rechtsprechung und eines rechtsstaatlichen

Verfahrens durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf,

Oberverwaltungsgericht Münster und Bundesverwaltungsgericht
Leipzig (Beschwerdegegner),

Exzessive Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am
laufendem Bande durch ein chaotisches Gerichtsverfahren eines
Kammer und Senate

übergreifenden Sondertribunals ohne Vollstreckungsschutz gegen

Plünderung des Haushaltskontos durch die beklagte Stadt Velbert, mit
parallelen Beschlüssen aus 3 Instanzen

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung mit Beschluss
vom 10.10.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 vom 18.Dezember 2015
zu Rechtsbeschwerde III ZB 108/15 am Bundesgerichtshof**

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile,
Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der
Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter Zerschlagung

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung,
Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16, AR 306/16
vom 11.Januar 2016**

zu Rechtsbeschwerde IV ZB 33/15 am Bundesgerichtshof

Verlust des Krankenversicherungsschutzes infolge verheerender
Folgewirkungen aus politisch motivierter Zerschlagung

Missbrauch von begrenzter Prozesskostenhilfe zu künstlichem
Teilversäumnisurteil (Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch
motivierter Zerschlagung)

Missbrauch sozialer Exklusion für finale Zerschlagung des Opfers
politisch motivierter Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16, AR 1204/16 vom 14. Februar 2016

zu 2 ARs 349/15, 2 AR 238/15 Bundesgerichtshof
Eskalation politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer Zerschlagung mit Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte
Missbrauch sozialer Exklusion (Verlust der Pflegeversicherung) zur psychischen Zerschlagung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Verfassungsbeschwerde AR 5737/16 vom 18. August 2016

zu BVerwG 6 B 34.16, 6 PKH 17.16 (BVerwG 6 B 29.16, 6 PKH 15.16)
Doppelbeschluss 2 E 957/14, 2 E 247/16 OVG NRW
(27 K 6945/13 VG Düsseldorf, 27 K 5854/13 VG Düsseldorf).
Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen Rundfunks (Beklagte) auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, der eigenen Zerschlagung und der Zerschlagung seines verstorbenen Bruders (Kläger, Beschwerdeführer, Rechtsnachfolger), nach Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren und auf Verzicht von Zwangsmaßnahmen während laufender Gerichtsverfahren nach exzessiver Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch chaotische, verwaltungsgerichtliche Verfahren ohne Vollstreckungsschutz gegen Plünderung von Pfändungsschutzkonten durch die beklagte Stadt Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2038/16 vom 26. August 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör

zu I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal, III ZB 108/15 BGH Karlsruhe,
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 und
Erweiterte Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf kammerübergreifende Bewertung der Verfassungsbeschwerden 1 BvR 276/16, 1 BvR 928/16, 2 BvR 741/16
Erinnerungsverfahren wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe
unter Verwendung des vorgelegten Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Leihgabe der Congressbände zur Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 als Muster für professionellen Verlagsservice)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-19.pdf>

Verfassungsbeschwerde AR 8799/16 vom 24. Dezember 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde gemäß Rechtsbehelfsbelehrung der 1. Instanz

zu 2 O 70/15 und 2 O 163/16 LG Wuppertal,
16 T 317/16 LG Wuppertal, 15 M 1111/16 Amtsgericht Velbert
nach Versagung von rechtlichem Gehör durch die 2. Zivilkammer des zuständigen Landgerichts (Abschiebung trotz Zuständigkeit der 2. Zivilkammer an 16. Zivilkammer) und
nach Versagung von rechtlichem Gehör durch die 16. Zivilkammer trotz instanzabschließender Anhörungsrüge an 16. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2. Instanz),
durch Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe in Folge, ohne Zugang zum Grundgesetz seit 2010
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-20.pdf>

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17 vom 20.Jan.2017

zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17 vom 18.Feb.2017

zu Zerschlagung 2 mit kausalem Zusammenhang zu Zerschlagung 1

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk seit 2007 schaut zu (Zerschlagung 3)

Schreiben an **ARD-Vorsitzenden Fritz Raff** vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Schreiben an **ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel** vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendantin Monika Piel** vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (**Rücktritt** Ende Januar 2013)

Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendant Tom Buhrow** vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,

Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Presseinformationen

Presseinformation 17.07.2017

**System Deutschland 2017: Chaos- oder Bananen-Republik ?
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: „Selbstbedienungsladen“ für
Politiker des Establishments und
verschlossen für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ?
Gerechtigkeitswahlkampf für starken Rechtsstaat !**

*Bundeskanzlerin holt G20-Gipfel nach Hamburg, Erster Bürgermeister
erhält „Prügel“ von den Autonomen, mehr Chaos geht nicht*

*Bundesaußenminister titelt „Gipfel der Verlogenheit“,
Bundesjustizminister gegen „Fake News“ und für Zensur-Infrastruktur
im Internet (für Wählerinnen und Wähler), Zensur-Testbetrieb vom
Opfer längst beklagt*

*Deutschland 2000 war digitale Spitze im globalen Vergleich,
Deutschland 2017 ist digitale Kolonie von USA und Fernost,
Webseiten per Mausklick sperren, Deutschland auf dem Weg zur
Bananenrepublik*

*Regierungsnaher Justiz eines schwachen Rechtsstaates verweigert bis
heute rechtliches Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz Weltklasse-Höchstleistungen
des Opfers für digitale Evolution*

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1708.pdf>

Presseinformationen 28.06.2017

System Deutschland 2017: Herrschaft des Unrechts?

Wer wehrlose Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen,
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, wie Rechtlose
behandelt und für diese Umverteilung, Zerschlagungen, staatliche
Übergriffe verantwortlich ist,

der kann nicht Bundesregierung sein

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

Presseinformationen 01.02.2017

System Deutschland sanierungsbedürftig?

Wer Umverteilte wie Rechtlose behandelt
und für die Umverteilung verantwortlich ist

kann nicht Bundespräsident sein

(Presseinformationen Nr.4)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Presseinformationen 04.04.2016

**Von politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer
Zerschlagung, fundamentale Menschenrechte chancenlos**

(Presseinformationen Nr.3)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Presseinformationen 03.02.2016

**Politisch motivierte Zerschlagung in Deutschland
und ganz Deutschland schaut zu**

Staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie durch
Unterdrückung und Ignoranz qualifizierter, entscheidungsrelevanter
Beweisunterlagen

Eskalation politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer Zerschlagung mit massiver Verletzung fundamentaler Menschenrechte
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Presseinformationen 12.08.2013

Von Ground Zero zu Ground Zero: Staatliche UMTS-Auktion 2000

Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland
Rechtsstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht und höchstrichterliche Entscheidungen bis heute verweigert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Weitere Verfassungsbeschwerden

Verfassungsbeschwerde

01.02.2014

[gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000](#)

wegen verheerender Folgewirkungen, totaler Ausgrenzung und Diskriminierung durch den staatlichen Verursacher (Bundesrepublik Deutschland) und mehrfachen Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes gemäß Telekommunikationsgesetz (TKG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

Verfassungsbeschwerde

15.01.2013

[gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers](#)

im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde

12.02.2013

Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 jetzt auch Opfer eines [Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht](#)

> > > Schriftsatz vom 12.02.2013 (Kapitel 15-22)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde

11.03.2013

[Vorwürfe der mehrfachen Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts](#)

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland),

wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe bayerischer Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers

> > > Schriftsatz vom 11.03.2013 (Kapitel 23-28)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde

22.09.2013

[Verweigerung einer rechtsstaatlichen Rechtsprechung durch unerträgliche Verzögerungen trotz eindeutiger Beweislage durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof](#)

wegen Rehabilitierung des verstorbenen Bruders Wendelin Ockl in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd durch bayerische Verwaltung mit tödlichem Ausgang für den Gejagten (2. Todesopfer)

> > > Schriftsatz vom 22.09.2013 (Kapitel 301-305)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf>

Verfassungsbeschwerde

21.10.2011

gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen systemischer Grundrechtsverletzung (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren) im Umfeld verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

Schreiben

24.11.2011

an den Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgericht

Befürchtungen einer nicht rechtsstaatlichen Behandlung unserer Eingaben zur Verfassungsbeschwerde: UMTS-Auktion 2000 ist politisches Tabu-Thema.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Beschwerde am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beim Europarat

Beschwerde am EGMR

08.09.2012

(Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte)

UMTS-Auktion 2000: Unverständnis über weitere Anhörungsresistenz trotz massiver Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention. Diskriminierung, Verweigerungshaltung und Anhörungsresistenz gegenüber Opfer der UMTS-Auktion 2000

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung offensichtlich infolge deutscher Einflussnahme

Information an den Bundespräsidenten

Wir klagen an28.03.2013

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland),

wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe der bayerischen Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Information an Ministerpräsidentin und Ministerpräsident des Landes NRW

Wir klagen an28.03.2013

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland), wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe der bayerischen Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Ministerpraesidentin-NRW.pdf>

Innovationswachstum in NRW, Deutschland, Europa

EuroOnlineNRW, Breitband-Internet: Eine Herausforderung für die gesamte Landesregierung

Unsere Schreiben sind auch im Internet einsehbar:

1. Schreiben: Innovationswachstum

in NRW, Deutschland, Europa 28.06.2005

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2. Schreiben: Initiative EuroOnlineNRW 02.08.2005

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Petition an den Deutschen Bundestag

Wir klagen an

28.05.2010

Bitte an den Bundestagspräsidenten um Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Petition Pet 1-17-09-703-005442.....seit März 2010

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Verfassungsbeschwerde

16.11.2010

wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes

Petition Pet 1-17-09-703-005442
wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag zur staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>
Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung

Außergerichtlicher Vorschlag an Bundeswirtschaftsminister ohne Beantwortung

Wäre es nicht besser für Deutschland, den Schadenersatz außergerichtlich zu vereinbaren und in ein Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz (Rehabilitierungsanspruch) zu investieren?
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
Schreiben vom 25.08.2011 an **Dr. Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Informationsarbeit wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Schreiben vom 19.01.2013 an ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut

Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:
Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert:
Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf>

**Schreiben vom 16.01.2013 an WDR-Intendantin Monika Piel
(Rücktritt Ende Januar 2013)**

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 14.06.2013 an WDR-Intendant Tom Buhrow

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Opfer der staatlichen UMTS-Auktion wollen keinen Nachlass der
Rundfunkgebühren, sondern Stundung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>